

Bericht
über die
71. Tagung des Statistischen Beirats
am 27. Juni 2024
in Wiesbaden

Inhaltsverzeichnis

Begrüßung	3
TOP 1: Tätigkeitsbericht des Statistischen Bundesamtes	3
Diskussion zur geplanten Entgelterhöhung in den Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (FDZ).....	4
TOP 2: Fortentwicklung des nationalen statistischen Systems	6
TOP 3: Verleihung des Innovationspreises.....	8
TOP 4: Gemeinsamer Antrag des Deutschen Städtetags und des Verbands Deutscher Städtestatistik.....	9
TOP 5: Arbeiten der Fachausschüsse, Arbeitskreise und Nutzendentagungen	11
TOP 6: Zensus.....	12
TOP 7: Verschiedenes	14
Liste der Teilnehmenden	15

Begrüßung

Der Vorsitzende des Statistischen Beirats, Prof. Dr. Thomas K. Bauer (RWI – Leibniz Institut für Wirtschaftsforschung), eröffnet die 71. Tagung des Statistischen Beirats, begrüßt die Anwesenden und stellt die neu berufenen und benannten Mitglieder vor.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Tagesordnung um eine Diskussion zur geplanten Entgelterhöhung in den Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (FDZ) zu erweitern, da die Pläne zu einer erheblichen Erhöhung der Kosten für die Datennutzenden im Kreis der Wissenschaft sehr kritisch gesehen werden. Es werden von Seiten der Mitglieder und der Präsidentin des Statistischen Bundesamtes, Dr. Ruth Brand, keine Einwände zur Ergänzung der Tagesordnung erhoben.

TOP 1: Tätigkeitsbericht des Statistischen Bundesamtes

Das Statistische Bundesamt (Dr. Ruth Brand, Präsidentin des Statistischen Bundesamtes) berichtet über nationale und internationale Entwicklungen auf dem Gebiet der Statistik und über das Arbeitsprogramm der Bundesstatistik.

Schwerpunkt sind zentrale Entwicklungen in der amtlichen Statistik aus den verschiedenen Fachbereichen des Statistischen Bundesamtes. Dabei kündigt das Statistische Bundesamt Revisionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, der Preisstatistik und der Wirtschaftszweigklassifikationen an. Nachfolgend wird über neue Anforderungen an die amtliche Statistik, die sich aus verschiedenen gesetzlichen Änderungen und Einführungen auf EU- und nationaler Ebene ergeben, informiert und folgende Gesetzesänderungen hervorgehoben:

- » Die Novellierung des Hochbaustatistikgesetzes (HBauStatG), die den Einbezug der digitalen Bauakte ermöglichen soll.
- » Die Änderung des Bevölkerungsstatistikgesetzes (BevStatG), die ein dauerhaftes Mortalitätsmonitoring unter Beteiligung des Statistischen Bundesamtes vorsieht.
- » Das Gesetz zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts (StARModG), welches neue Einbürgerungsstatistiken etablieren wird.
- » Die Vorbereitungen zur Umsetzung der Ausweitung der EU-Verordnung Nr. 691/2011 über europäische umweltökonomische Gesamtrechnungen im Statistischen Bundesamt.
- » Die geplanten Änderungen des Steuerstatistikgesetzes (StStatG) im Rahmen des Jahressteuergesetzes (JStG) 2025, die erweiterte Zusammenführungsmöglichkeiten der Steuerstatistiken beinhalten werden.

Zudem stellt das Statistische Bundesamt neue abteilungsübergreifende Maßnahmen zur Fortentwicklung der Statistikproduktion vor. Es wird angestrebt, den Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) und Machine Learning (ML), insbesondere in der Datenaufbereitung, auszubauen. Zudem

wird anhand der Unternehmensstatistiken erläutert, wie die Belastung der Befragten mittels automatisierter Datengewinnung und -übermittlung reduziert wird, ohne die Qualität der amtlichen Statistik zu beeinträchtigen.

Ferner wird über den Stand der nationalen Umsetzung des Data Governance Acts und die damit verbundene neue Aufgabe als Servicestelle für Datentransparenz informiert. Das Statistische Bundesamt soll zur zentralen Anlaufstelle für den Zugang zu geschützten Daten der öffentlichen Hand werden.

- » Dr. Mark Azzam (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz) ergänzt im Anschluss an den Tätigkeitsbericht, dass eine Änderung des Umweltstatistikgesetzes (UStatG) erfolgt ist, die insbesondere Fortschreibungen bei der Erhebung von Verpackungs- und Einwegkunststoffprodukten bedeuten.

Diskussion zur geplanten Entgelterhöhung in den Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (FDZ)

Der Wissenschaftliche Beratungskreis (WBK) der Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (FDZ) hat im April 2024 auf eine geplante erhebliche Anpassung der Entgelte für Daten und damit verbundenen Dienstleistungen bei den FDZ hingewiesen.¹ Die Mitglieder des Statistischen Beirats beraten über eine mögliche Reaktion auf die geplante Entgelterhöhung.

Als Eingangsstatement führt Prof. Dr. Ralf Münnich (Deutsche Statistische Gesellschaft) aus, dass er den Wissenschaftsstandort in erheblicher Weise gefährdet sieht, wenn die geplante Entgelterhöhung umgesetzt wird. Größere Projekte könnten ggfs. den Zugang zu FDZ-Daten weiterhin finanzieren, während kleinere Forschungseinrichtungen diesen nicht mehr bezahlen könnten. Der wissenschaftliche Nachwuchs spielt eine große Rolle in der universitären Ausbildung. Er mahnt, dass es sich negativ auf das Verständnis für die amtliche Statistik und das Wissen um Qualität von Daten auswirken kann, wenn man den wissenschaftlichen Nachwuchs wegen höherer Gebühren nicht mehr für Themen der amtlichen Statistik begeistern kann. Er bittet, die Entgelterhöhung zu überdenken und alternative Lösungen zu finden, wie beispielsweise einen erleichterten Zugang zu Standardprodukten.

Das Statistische Bundesamt (Dr. Ruth Brand, Dr. Hanna Brenzel) bekräftigt, dass es die Interessen der Wissenschaft bei der Bereitstellung des Datenangebots des FDZ des Bundes bestmöglich berücksichtigt. Das Statistische Bundesamt sei bestrebt, Prozesse zu optimieren, Ressourceneinsparungen zu erzielen und nicht arbeitsintensive Datenzugangswege kostengünstig anzubieten.

¹ Stellungnahme des WBK: https://www.destatis.de/DE/Ueber-uns/Aufgaben/stellungnahme-wbk-gebuehrenstruktur.pdf?__blob=publicationFile

Dennoch ist zu betonen, dass die gestiegenen Kosten aufgrund erhöhter Erwartungen und Anforderungen an die FDZ ebenfalls gedeckt werden müssen.

Dr. Oliver Heidinger (Information und Technik Nordrhein-Westfalen) versteht die Anliegen der Wissenschaft ebenfalls und äußert das Bestreben, dass die qualitätsgesicherten Daten der amtlichen Statistik vielfältig genutzt werden. Er weist jedoch auf die unzureichende Ressourcenbereitstellung aus dem öffentlichen Haushalt hin, die aus Sicht der Statistischen Landesämter die Leistungserbringung erschwert. Sollte man an den bestehenden Vorgaben, dass 50 Prozent der Aufwände durch Einnahmen zu refinanzieren sind, festhalten wollen, sind laut seiner Prognose erhebliche Preissteigerungen unumgänglich.

Prof. Dr. Joachim Wilde (Hochschulrektorenkonferenz) ergänzt, dass eine Entgelterhöhung der verstärkten Nutzung amtlicher Daten, für die sich der Statistische Beirat intensiv eingesetzt hat, entgegenwirken würde.

Eine Vielzahl der Mitglieder zeigt Verständnis für das Anliegen, die Gebühren nicht oder nur geringfügig zu erhöhen, sieht jedoch auch die Notwendigkeit, dass die FDZ ihre Kosten decken und mit entsprechenden Ressourcen ausgestattet werden müssen. Prof. Stefan Bender (Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten) schlägt vor, dass ein Finanzierungsmodell in Abstimmung mit der Wissenschaft, den Wissenschaftsressorts der Länder und den Dienstaufsichten der Statistischen Landesämter erarbeitet werden könnte. Im Zuge der Abstimmung sollte eine Erhöhung der Ressourcen für die FDZ und eine gesetzliche Verankerung der FDZ über das Forschungsdatengesetz ebenfalls diskutiert werden.

Prof. Dr. Thomas K. Bauer (Vorsitzender des Statistischen Beirats) erinnert an die Empfehlungen des Statistischen Beirats und der Kommission Zukunft Statistik (KomZS), welche vorsehen, die FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder als gesetzliche Aufgabe der amtlichen Statistik festzuschreiben. Zudem sollen die FDZ besser finanziell und personell ausgestattet werden.

Dr. Ruth Brands fragt, ob eine unterschiedliche Bepreisung für verschiedene Datenzugangswege und ein Modell mit bevorzugtem Zugang ein gangbarer Weg für die Wissenschaft wäre, wird grundsätzlich als Möglichkeit in Betracht gezogen. Allerdings weist Prof. Stefan Bender darauf hin, dass eine Preisdifferenzierung beim Datenangebot von Seiten der Datennutzenden stärker in Frage gestellt werden könnte als die Digitalisierung und Rationalisierung von Arbeitsschritten.

Im Anschluss an die Diskussion beschließt der Statistische Beirat mehrheitlich folgende Empfehlung:

„Der Statistische Beirat begrüßt die verstärkte Nutzung von Daten der amtlichen Statistik durch die Wissenschaft und die damit verbundene Verstärkung der evidenzbasierten Politikberatung. Er sieht die Pläne zu einer erheblichen Erhöhung der Kosten für die Datennutzenden jedoch mit großer Sorge, da diese zu einer substanziellen Einschränkung der

Nutzung führen wird. Der Statistische Beirat spricht sich deshalb dafür aus, die Ressourcen in den FDZ so zu erhöhen, dass keine Gebühren in einer forschungsfeindlichen Höhe erforderlich sind.“

TOP 2: Fortentwicklung des nationalen statistischen Systems

Das Statistische Bundesamt (Dr. Daniel Vorgrimler, Leitung der Abteilung B – Strategie und Planung, Internationale Beziehungen, Forschung und Kommunikation) präsentiert Anregungen zur Fortentwicklung des nationalen Statistiksystems und thematisiert dabei die rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen sowie die Bedeutung der Forschung.

Das Statistische Bundesamt sieht die Chancen zur Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen in der Erteilung eines Methodenforschungsauftrags an das Statistische Bundesamt und in der gesetzlichen Verankerung des Forschungsdatenzentrums, um die datenbasierte Forschung zu stärken. Ein erleichterter Datenzugang für die Wissenschaft ist für das Statistische Bundesamt von großer Bedeutung. Es wird daran gearbeitet, diesen technisch, organisatorisch und rechtlich zu erleichtern. Das Statistische Bundesamt ist zudem bestrebt, zusätzlich zum FDZ, die im Eckpunktepapier zum Forschungsdatengesetz vorgesehene Aufgabe zu übernehmen, ein Micro Data Center zu betreiben. Das Statistische Bundesamt soll bezüglich des Forschungsauftrags nicht in Konkurrenz zu den bestehenden Wirtschafts- und Sozialforschungsinstituten treten, sondern die Zusammenarbeit mit der universitären Forschung verstärken.

Für das Statistische Bundesamt sei wichtig, die bestehenden Möglichkeiten zur Zusammenführung von Daten zu erweitern, um die Möglichkeiten der Informationsgewinnung aus vorhandenen Daten auszuschöpfen. Ferner sei das Statistische Bundesamt bestrebt, eine Streichung der Löschfrist für Identifikatoren in Wirtschaftsstatistiken zu erwirken.

Das Statistische Bundesamt spricht sich zudem für die Einführung einer Programm- und Finanzplanung aus, in der ein Statistisches Programm als auch die dafür notwendige Ressourcenausstattung festgehalten werden sollen. Zum einen ist es das Ziel, eine auf die Bedürfnisse der Politik und Gesellschaft ausgerichtete sowie eine aus den europäischen Vorgaben abgeleitete Programmplanung mit einer angemessenen Ressourcenausstattung zu unterlegen. Zum anderen soll somit die Flexibilität erhöht werden, um aktuelle Entwicklungen schneller aufgreifen zu können. Die Einführung einer Programm- und Finanzplanung wurde zudem sowohl im Rahmen des europäischen Peer Reviews als auch von der Kommission Zukunft Statistik (KomZS) empfohlen.

Zudem präsentiert das Statistische Bundesamt die Empfehlung der Kommission Zukunft Statistik zur Umgestaltung des Statistischen Beirats. Diese sieht die Etablierung eines Beirats ausschließlich für Nutzerinnen und Nutzer, die Einrichtung eines wissenschaftlichen Beirats zur Beratung bei der Entwicklung neuer Methoden in der Statistikproduktion sowie die Schaffung eines unabhängigen Kuratoriums zur Begutachtung der Umsetzung der geforderten Programm- und Finanzplanung vor.

Das Statistische Bundesamt bittet die Mitglieder des Statistischen Beirats um Unterstützung bei der Umsetzung der oben aufgeführten Maßnahmen, um die „Datenoasen“ zu erschließen. Kurzfristige Änderungen können mit dem Forschungsdatengesetz erreicht werden, darunter die Stärkung der FDZ, eine verbesserte Datenzusammenführung, die Erteilung eines Forschungsauftrags für das Statistische Bundesamt und die Aufhebung der angesprochenen Löschfristen. Die Neugestaltung des institutionellen Rahmens, einschließlich einer neuen Governance-Struktur und der Etablierung einer Programm- und Finanzplanung, hält das Statistische Bundesamt jedoch für langfristige Ziele, die eher durch eine Novellierung des Bundesstatistikgesetzes (BStatG) in der nächsten Legislaturperiode verwirklicht werden könnten.

In der anschließenden Diskussion werden folgende Punkte vertieft:

- » Dr. Oliver Heidinger (Information und Technik Nordrhein-Westfalen) weist daraufhin, dass man nicht nur über zeitaufwendige Anpassungen der rechtlichen Rahmenbedingungen nachdenken sollte, sondern auch über technische Lösungen zur Datenverknüpfung. Er verweist auf die Möglichkeit, Daten auch mittels moderner Kryptografierungsverfahren verknüpfen zu können. Dr. Andrea Schultz (Verband Deutscher Städtestatistik) entgegnet, dass bei regional kleinräumigen Statistiken die dauerhafte Speicherung eines Identifikators zwingend notwendig sei, um die geforderten Qualitätsstandards einhalten zu können, und die Nutzung von Kryptografierungsverfahren in ihrem Themenbereich kaum erfolgversprechend sei.
- » Auf die Nachfrage von Solveigh Jäger (Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.), welche Anpassungen durch die EU-Statistikverordnung zu erwarten sind, erklärt Dr. Daniel Vorgrimler, dass gegenwärtig die Datenanonymisierung und die Auswirkungen der Datenbereitstellung im Krisenfall diskutiert werden. Dr. Ruth Brand (Präsidentin des Statistischen Bundesamtes) ergänzt, dass die Positionierung des Statistischen Bundesamtes im Datenökosystem zunächst hausintern geklärt, dann aber auch in der kommenden 21. Legislaturperiode rechtlich angegangen werden muss. Zudem sei eine Anpassung der Auffassung von statistischer Geheimhaltung erforderlich. Ferner müssen neue Überlegungen zu den Themen „Private Lives“ und „Public Policy“ angestellt werden.
- » Auf die Anmerkung von Markus Sigismund (Bundesministerium für Digitales und Verkehr), dass Multisource-Statistiken intensiver diskutiert werden müssten, erklärt Dr. Ruth Brand, dass das Statistische Bundesamt die Verwendung dieser Statistiken verstärkt vorantreiben wird. Deshalb sei auch die Erteilung eines Forschungsauftrags für das Statistische Bundesamt von entscheidender Bedeutung, um konkret an neuen Methoden zur Datengenerierung forschen zu können.
- » Christian Herbst (Bundesministerium für Bildung und Forschung) ergänzt, dass das Forschungsdatengesetz im Sommer in die Ressortabstimmung gehen soll und der Kabinettsbeschluss noch in diesem Jahr anvisiert wird.
- » Martin von Simson (Bundesministerium des Innern und für Heimat) signalisiert, dass grundsätzlich Bereitschaft zur Unterstützung bei der Umsetzung der Maßnahmen des For-

schungsdatengesetzes besteht, weist aber darauf hin, dass die Bereitstellung der Ressourcen aktuell ein kritischer Punkt sei. Er schließt es aus, dem Statistischen Bundesamt neue Aufgaben zulasten der bestehenden Aufgaben zuzuschreiben.

- » Prof. Dr. Thomas K. Bauer merkt an, dass die anhaltende Diskussion über die unzureichenden Verknüpfungsmöglichkeiten von Daten die Umsetzung einiger Empfehlungen zur Fortentwicklung der amtlichen Statistik für die Jahre 2022 bis 2026 gefährde. Dr. Daniel Vorgrimler versichert daraufhin, dass einige der Empfehlungen bis zum Ende der aktuellen Legislaturperiode umgesetzt werden können, falls die im Vortrag vorgestellten Maßnahmen realisiert werden.

TOP 3: Verleihung des Innovationspreises

Der Innovationspreis des Statistischen Beirats wird im Zweijahresrhythmus an Beschäftigte des Statistischen Bundesamtes für innovative Produkte, Verfahren oder nutzendenorientierte Serviceleistungen vergeben.

Der erste Platz geht in diesem Jahr an Miriam Engel, Alexander Irmer, Nelli Krüger, Elke Nagel, Max Julius Schöne, Christiane Theisen sowie Joël Van Hoorde für den Einsatz einer mobilen App als neues Erhebungsinstrument in den freiwilligen Haushaltserhebungen. Die Jury würdigt den App-Einsatz als einen gelungenen Beitrag zum Weg der amtlichen Statistik in die „Neuzeit“. Das Projekt überzeugte die Jury des Statistischen Beirats durch einen hohen Innovationsgehalt für die amtliche Statistik und durch eine große Relevanz für die Befragten. Zudem werden durch den Einsatz der App die Aufwände für die Befragten als auch für das Statistische Bundesamt substantiell reduziert.

Der zweite Platz geht an Johannes Knecht für das „Tool zur Digitalisierung und computergestützten Auswertung kameraler Haushaltspläne“ in den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen. Das programmierte Tool wurde von Jurymitgliedern in mehrfacher Hinsicht lobend hervorgehoben: Das Tool schließt bestehende Datenlücken und verbessert die Datenqualität in Erhebungen zu einem gesellschaftspolitisch hoch relevanten Bereich. Dabei wurde die Verbesserung für Befragte und Produzierende belastungsarm umgesetzt. Zudem weist das Projekt ein hohes Nachhaltigkeitspotenzial auf, da es dauerhaft eingesetzt und ggf. auf weitere Erhebungen ausgeweitet werden kann.

Die Laudationes auf die prämierten Arbeiten werden von der Jury des Statistischen Beirats, bestehend aus Solveigh Jäger (Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.), Prof. Stefan Bender (Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten) und Prof. Dr. Joachim Wilde (Hochschulrektorenkonferenz), gehalten.

TOP 4: Gemeinsamer Antrag des Deutschen Städtetags und des Verbands Deutscher Städtestatistik

Der Deutsche Städtetag und der Verband Deutscher Städtestatistik regen eine Änderung des Bundesstatistikgesetzes (BstatG) an und haben daher einen gemeinsamen Antrag in die Tagung eingebracht. Der Statistische Beirat soll ein gleichberechtigtes Zugriffsrecht der abgeschotteten kommunalen Statistikstellen auf Einzelangaben analog zu den Regelungen für die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie die dauerhafte Speicherung der Adresse oder einer Geokoordinate empfehlen.

Dr. Andrea Schultz (Verband Deutscher Städtestatistik e.V.) und Petra Laitenberger (Deutscher Städtetag) arbeiten anhand von Beispielen heraus, dass die kommunalen Statistikstellen einen verbesserten Datenzugang zu kleinräumigen Daten zur Erfüllung ihrer Aufgaben im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge benötigen. Dr. Andrea Schultz hebt hervor, dass die abgeschotteten Statistikstellen der Kommunen die gleichen Anforderungen und Datenschutzregeln wie Bundes- und Landesstatistikstellen haben. Allerdings seien kommunale Statistikstellen beim Datenzugang nicht gleichgestellt, da ihr Zugriff durch spezielle fachgesetzliche Regelungen eingeschränkt wird. Kommunen würden daher eigene Erhebungen durchführen müssen, wodurch das Once-Only-Prinzip verletzt werde. Dr. Andrea Schultz betont, dass sich die kommunalen Statistikstellen nicht angemessen in dem von Prof. Dr. Jürgen Kühling (Universität Regensburg) in einem Rechtsgutachten aufgezeigten Zieldreieck aus Wirtschaftlichkeitserwägungen und den Grundsätzen der grundrechtsschonenden statistischen Datenverarbeitung und der Notwendigkeit einer funktionsfähigen amtlichen Statistik verortet sehen. Um das kommunale Zugriffsrecht auf Einzeldaten zu verbessern, wird von ihr auf die in einem Rechtsgutachten von Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Jan Ziekow (Universität Speyer) herausgearbeiteten Empfehlungen zur Anpassung des § 16 Abs. 5 und des § 10 Abs. 2 BStatG verwiesen.

Während der anschließenden Diskussion werden die Argumente eingehend besprochen.

- » Uta Thien-Seitz (Verband Deutscher Städtestatistik e.V.) betont, dass Kommunen der Zugang zu Daten in der Regel aufgrund von Datenschutzbedenken verwehrt bleibt oder nur mit erheblichen Kosten zur Verfügung gestellt wird.
- » Die Mitglieder äußern, dass die Kommunen die notwendigen Daten zur Erfüllung ihrer Aufgaben erhalten sollten. Benjamin Baykal (Deutsche Industrie- und Handelskammer) und René Rimpler (Zentralverband des Deutschen Handwerks e.V.) begrüßen beispielsweise die Einhaltung des Once-Only Prinzips. Prof. Dr. Ralf Münnich (Deutsche Statistische Gesellschaft) merkt an, dass die Wissenschaft ebenfalls von der Bereitstellung regional tiefgegliederter Daten wie Geokoordinaten profitieren könnte und daher den Antrag grundsätzlich unterstützen würde. Die Mehrheit der Mitglieder hegt jedoch Bedenken hinsichtlich des Rahmens und des Umfangs, in dem den kommunalen Statistikstellen der Datenzugang gewährt werden kann. Prof. Dr. Joachim Wilde (Hochschulrektorenkonferenz) erscheint ein gleichberechtigtes Zugriffsrecht verfassungsrechtlich nicht umsetzbar. Er merkt zudem an, dass auch mit der vorgeschlagenen Änderung des § 16 Abs. 5 BStatG

kein gleichberechtigtes Zugriffsrecht unter den Mitgliedern der amtlichen Statistik hergestellt werden würde.

- » Dr. Sonja Leischner (Leitung der Gruppe A3 – Recht, Compliance im Statistischen Bundesamt) führt aus, dass die Berechtigung des Einzeldatenzugangs gesetzlich geregelt werden muss. Die Übermittlung von Einzelangaben bedarf einer engen konkreten gesetzlichen Zweckbindung. Die Bürgerinnen und Bürger müssen klar erkennen können, für welche konkreten Zwecke des Verwaltungsvollzugs ihre personenbezogenen Daten verwendet werden. Ein gleichberechtigter Datenzugang allein zu statistischen Zwecken sei mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Dezember 1983 nicht vereinbar.
- » Martin von Simson (Bundesministerium des Innern und für Heimat) äußert, dass er den Beschlussvorschlag nicht unterstützen könne, weil die verfassungsrechtlichen Bedenken im Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) erheblich seien. Das dazugehörige Rechtsetzungsverfahren dürfe durch Aufnahme der Inhalte des Beschlussvorschlags nicht gefährdet werden. Gleichwohl äußert er Verständnis für das vom Deutschen Städtetag und dem Verband Deutscher Städtestatistik vorgetragene Anliegen. Daher könne die Bedarfslage mittelfristig aufgegriffen und die Optionen geprüft werden.
- » Dr. Sonja Leischner führt aus, dass mit der geforderten Anpassung des BStatG alle nachrangigen einzelstatistischen Gesetze aufgrund des Prinzips der Datensparsamkeit dahingehend geprüft werden müssten, ob eine Übermittlung der Daten unzulässig ist. Den Aufwand der Prüfung schätzt Dr. Sonja Leischner für die Kommunen ähnlich ein, wie die Prüfung auf Zulässigkeit der Datenübermittlung bei gegenwärtiger Gesetzeslage. Aus Sicht der kommunalen Statistikstellen ergebe sich dadurch zumindest der Vorteil, dass ein Rechtsetzungsverfahren zumindest angestoßen werden würde, an dem sie beteiligt werden müssten.
- » In der anschließenden Diskussion über die Selbstwahrnehmung der kommunalen Statistikstellen als Teil der Bundesstatistik und nicht als Nutzer, präzisiert Dr. Sonja Leischner, dass kommunalen Statistikstellen nur als Nutzer im Bereich der Bundestatistik gesehen werden.
- » In der Diskussion darüber, ob die dauerhafte Mitführung einer Geokoordinate angesichts der Gefahr, dass durch Cyberangriffe Individualdaten zugänglich gemacht werden könnten, wird auf technische und organisatorische Möglichkeiten der separaten Datenhaltung hingewiesen.
- » Prof. Dr. Thomas K. Bauer stellt, basierend auf den Eindrücken aus der Diskussion, in Frage, ob der eingebrachte Beschlussvorschlag Unterstützung findet. Angesichts der Einigkeit unter den Mitgliedern, dass die Kommunen die notwendigen Daten zur Erfüllung ihrer Aufgaben bekommen sollten, legt er folgenden Alternativvorschlag zur Abstimmung vor, der in der abschließenden Abstimmung von der Mehrheit unterstützt wird:

„Der Statistische Beirat sieht den Bedarf, dass die Kommunen die für ihre Aufgabenerfüllung notwendigen Daten erhalten und bittet das Statistische Bundesamt

und das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI), Lösungsmöglichkeiten zu diskutieren und eine Änderung des BStatG zu prüfen. Diese Thematik soll als Tagesordnungspunkt Gegenstand der nächsten Tagung des Statistischen Beirats 2025 werden.“

TOP 5: Arbeiten der Fachausschüsse, Arbeitskreise und Nutzendentagungen

Die Fachausschüsse und Arbeitskreise werden vom Statistischen Beirat eingesetzt, um dort einzelne Statistiken detailliert zu beraten und fachspezifische, methodisch-technische Fragen zu erörtern.

Prof. Dr. Thomas K. Bauer stellt fest, dass in Bezug auf die im Vorfeld der Tagung bereitgestellte Unterlage zu den Arbeiten der Fachausschüsse, Arbeitskreise und Nutzendentagungen keine Fragen bestehen. Die Angelegenheiten der Gremien, die im vergangenen Jahr getagt haben, werden daraufhin vom Statistischen Bundesamt vorgestellt.

Das Statistische Bundesamt (Stefan Dittich, Leitung der Abteilung E – Unternehmen, Verdienste, Verkehr, und Karin Böhm, Leitung der Gruppe H1 – Gesundheit, Soziales) berichtet dem Statistischen Beirat über die Fachausschüsse „Statistik im Produzierenden Gewerbe“, „Handels- und Dienstleistungsstatistiken“ und „Statistiken des Gesundheits- und Sozialwesens“ sowie über die „3. Tagung für Nutzerinnen und Nutzer der Energiestatistiken“.

Das Statistische Bundesamt teilt mit, dass angesichts der gegenwärtigen Situation im Energiesektor und der zunehmenden Bedarfe der Nutzerinnen und Nutzer mit der Novelle des Energiestatistikgesetzes und der Änderung der EU-Verordnung zwei wesentliche Gesetzesänderungen hervorgegangen sind. Diese Änderungen haben zu einem neuen Datenangebot zu Stromein- und -ausspeisung und zur dezentralen Stromproduktion nach Sektoren geführt. Das Statistische Bundesamt erklärt, dass der Bedarf in diesem sich schnell wandelnden Sektor laufend weiter beobachtet werden muss. Anschließend werden neue Informationsangebote der amtlichen Statistik für die Wissenschaft und Forschung vorgestellt und es wird davon berichtet, wie das Umweltbundesamt und das Energy Environment Forecast Analysis (EEFA) – Forschungsinstitut für Energie-, Ressourcen- und Klimaökonomik Daten der amtlichen Statistiken nutzen.

In den Fachausschüssen Statistik im Produzierenden Gewerbe und Handels- und Dienstleistungsstatistiken wurde von Seiten der Nutzenden vorgestellt, welche Anforderungen sie an die bereitgestellten Daten stellen. Hinsichtlich der Statistiken im Produzierenden Gewerbe wurde hierbei insbesondere die Optimierung der Geheimhaltung und Datenverknüpfbarkeit der bestehenden Daten angesprochen, während bei den Handels- und Dienstleistungsstatistiken die Bedeutung der Außenhandelsdaten zur Reduktion der Abhängigkeiten zu einzelnen Ländern im Fokus stand. Von Seiten des Statistischen Bundesamtes wurden neue Veröffentlichungsangebote, wie der Relaunch von GENESIS und das Datenangebot in den FDZ des Bundes und der Länder vor-

gestellt. Zudem wurden die Teilnehmenden über neue Datenangebote zur Schließung von Datenlücken in Statistiken zu globalen Wertschöpfungsketten, zu Baubeginn- und Baufertigstellung, zur dezentralen Stromproduktion nach Sektoren und zur Produktion von Wasserstoff informiert. Ferner wurde mit dem Projekt „t+15“, dem Forschungsprojekt zu Auftragseingängen und Auftragsbeständen im Verarbeitenden Gewerbe, wesentliche Weiterentwicklungen im Produzierenden Gewerbe vorgestellt. Beim Fachausschuss „Handels- und Dienstleistungsstatistiken“ standen zudem die Veränderungen in den Konjunktur- und Strukturstatistiken und die Auswirkungen auf die Außenhandelsstatistik im Zuge der European Business Statistics (EBS)-Verordnung im Mittelpunkt. In dem Fachausschuss wurden neben den aktuellen Arbeiten und Projekten im Bereich Handel und Dienstleistungen zudem die geplante Reform der Intrahandelsstatistik sowie die Möglichkeit des elektronischen Dokumentenaustauschs über das Erhebungsportal mit den Auskunftspflichtigen zur Außenhandelsstatistik vorgestellt.

Die im Fachausschuss Statistiken des Gesundheits- und Sozialwesens vorgestellten Neuheiten bezogen sich auf die Statistik untergebrachter wohnungsloser Personen als wichtigen Teil der Wohnungslosenberichterstattung der Bundesregierung und die Statistiken nach dem Prostituiertenschutzgesetz. Neue gesetzliche Anforderungen an die Gesundheits- und Sozialstatistiken ergeben sich u. a. aus der letzten Reform des Achten Buches Sozialgesetzbuch und dem Gesundheitsausgaben- und -personalstatistikgesetz. Als neue Werkzeuge konnten dem Fachausschuss eine App für eine elektronische Todesbescheinigung und die an das aktuelle Nutzerverhalten angepasste Oberfläche des Informationssystems der Gesundheitsberichterstattung vorgestellt werden. Als Datenbedarfe der Nutzenden hat der Fachausschuss u. a. das Thema Multikausalkette in der Todesursachenstatistik diskutiert. Das Statistische Bundesamt betont, dass bei einer zunehmend älterwerdenden Bevölkerung und bei Multimorbidität die gegenwärtige Verwertung des Grundleidens dem Sterbegeschehen nicht mehr gerecht wird. Bei der Erschließung einer multikausalen Todesursachenstatistik sind zunächst die Potenziale und Grenzen dieser Daten herauszuarbeiten.

Die Berichte zu den Fachausschüssen und Nutzendentagungen wurden ohne Fragen oder Anmerkungen von den Beiratsmitgliedern zur Kenntnis genommen.

TOP 6: Zensus

Das Statistische Bundesamt (Dr. Karsten Lummer, Leitung der Abteilung F – Bevölkerung) berichtet dem Statistischen Beirat über die Ergebnisse des Zensus 2022, die am 25. Juni 2024 veröffentlicht wurden. Es wird zunächst über die geleisteten Arbeiten der beteiligten Statistikstellen auf Bund-, Länder- und Gemeindeebene anhand von ausgewählten Kennzahlen berichtet, um die Größenordnung der Erhebung zu veranschaulichen.

Das Statistische Bundesamt stellt die ermittelte Bevölkerungszahl auf Bundesebene vor und berichtet, dass die Bevölkerung in Deutschland weniger stark gewachsen sei als bislang auf Basis der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung angenommen wurde. Über 70% der Abweichung kann

auf die um ca. eine Million nach unten abweichende Zahl der ausländischen Bevölkerung zurückgeführt werden.

Neben den Ergebnissen zur Bevölkerungsentwicklung werden die Ergebnisse zur Wohnsituation in Deutschland vorgestellt. Am stärksten stieg die durchschnittliche Wohnfläche in den ostdeutschen Bundesländern, während die durchschnittliche Wohnfläche in den Stadtstaaten aufgrund des engeren Wohnraums am wenigsten gestiegen ist. Bei den Energieträgern der Heizungen ist die Gasheizung der vorherrschende Träger, gefolgt von Heizöl und Fernwärme. Anschließend wird zur durchschnittlichen Nettokaltmiete in Deutschland und den regionalen Unterschieden berichtet sowie die Veröffentlichungsprodukte zum Zensus 2022 vorgestellt.

Darüber hinaus berichtet das Statistische Bundesamt über die gegenwärtigen Rechtsetzungsverfahren auf europäischer und nationaler Ebene und den weiteren Arbeiten zur Einführung einer weiterentwickelten Zensusmethodik (Registerzensus). Der Registerzensus wird maßgeblich von der europäischen Rahmenverordnung für die Bevölkerungsstatistiken (European Statistics on Population, ESOP) beeinflusst, welche die derzeit bestehenden Verordnungen zum Zensus sowie zu den Bevölkerungsstatistiken zusammenführen und die zugrundeliegenden Konzepte harmonisieren soll. Die Ergebnisse aus allen Bereichen sollen schneller, häufiger und kleinräumiger bereitgestellt werden. Mögliche Lösungen zur Erfüllung der Anforderungen liegen in der Automatisierung und der Nutzung von den Registern, die die ausreichende Reife und Qualität aufweisen. Auf nationaler Ebene soll das Registerzensusgesetz dem Aufbau und der Pflege des bevölkerungsstatistischen Datenbestands (BESD) dienen. Zudem wird die Bedeutung der Qualitätssicherung und des Datenschutzes hervorgehoben.

Anschließend wird über die geplanten Schritte zur Umsetzung des Registerzensus informiert. Es wird betont, dass ein vollständig auf Registerdaten basierender Zensus (ohne ergänzende Stichprobenziehung) aufgrund der Verfügbarkeit und Qualität der Verwaltungsdaten mittelfristig nicht möglich sein wird und daher weiterhin auch Erhebungen nötig sein werden.

Das Zensussystem soll in ein Bevölkerungsstatistisches Gesamtsystem (BSGS) eingebunden werden und mit Daten anderer Erhebungen der Bevölkerungsstatistik verknüpft werden. Bezweckt werden soll die Bildung eines dauerhaft aktuell gehaltenen, robusten, kohärenten, modularen Systems für die Aufbereitung, Auswertung, Analyse und Veröffentlichung im bevölkerungsstatistischen Kontext. Das System soll Synergien zwischen den Statistikbereichen heben und eine effizientere Statistikproduktion ermöglichen. Zudem betont das Statistische Bundesamt das Ziel der amtlichen Bevölkerungsstatistik, flexibler auf neue Datenbedarfe zu reagieren.

In der anschließenden Diskussion werden folgende Punkte vorgetragen:

- » Prof. Dr. Joachim Wilde (Hochschulrektorenkonferenz) begrüßt das schrittweise Vorgehen zur Umsetzung eines registergestützten Zensus. Dabei sollen Maßnahmen, die realisierbar sind, umgesetzt werden, während nicht umsetzbare Aspekte nicht weiter verfolgt werden sollen.
- » Dr. Andrea Schultz (Verband Deutscher Städtestatistik) merkt an, dass das bedachte Vorgehen zur Vermeidung von Korrekturen bei der Veröffentlichung der Zensus-Ergebnisse von

Seiten der Kommunen begrüßt wird. Mit Sorge wird hingegen die in vielen Kommunen gewachsene Lücke zwischen Melderegister und amtlicher Einwohnerzahl zur Kenntnis genommen, insbesondere in Hinblick auf die Vorbereitung des Registerzensus. Auf die Frage, wie Eurostat die Veröffentlichung von untergemeindlichen Daten begründet, verweist Dr. Karsten Lummer auf die Steuerungsfunktion der Politik.

TOP 7: Verschiedenes

Prof. Dr. Thomas K. Bauer informiert die Beiratsmitglieder über verschiedene Angelegenheiten, die für die 72. Tagung des Statistischen Beirats relevant sind:

Terminbekanntgabe für die 72. Tagung des Statistischen Beirats

Die kommende Tagung wird voraussichtlich am 22. Mai 2025 stattfinden. Die Geschäftsstelle wird den Beiratsmitgliedern frühzeitig ein Save-the-Date zusenden.

Wahl des Vorsitzes des Statistischen Beirats

Prof. Dr. Thomas K. Bauer kündigt an, dass sowohl Thomas Herkner als auch er selbst für die nächste Wahl des Vorsitzes auf der 72. Tagung des Statistischen Beirats nicht mehr zur Verfügung stehen werden. Er bittet die Mitglieder des Statistischen Beirats, über eine mögliche Kandidatur für den Vorsitz nachzudenken.

Bildung einer Arbeitsgruppe zur Erstellung der Empfehlungen

Traditionell spricht der Statistische Beirat zu jeder Legislaturperiode Empfehlungen zur Fortentwicklung der amtlichen Statistik aus, die als Grundlage für einen Koalitionsvertrag dienen können. Mit Blick auf die Bundestagswahlen im Herbst 2025 sollten die neuen Empfehlungen auf der kommenden Tagung besprochen und abgestimmt werden, um diese den politischen Parteien zur Verfügung stellen zu können. Prof. Dr. Thomas K. Bauer empfiehlt daher zur Erarbeitung eines entsprechenden Entwurfs die Bildung einer Arbeitsgruppe. Er wirbt um rege Teilnahme an der Arbeitsgruppe.

Berichterstatterinnen

gez. Dr. Benedikt Gerst

gez. Vladislava Karmanova

Vorsitzender

gez. Prof. Dr. Thomas K. Bauer

Liste der Teilnehmenden

Mitglieder des Statistischen Beirats	
Name	Institution
Prof. Dr. Thomas K. Bauer (<i>Vorsitzender</i>)	RWI – Leibniz Institut für Wirtschaftsforschung
Thomas Herkner (<i>stellv. Vorsitzender</i>)	Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.
Norman Albat	Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Dr. Mark Azzam	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
Markus Bauch	Bundesministerium für Gesundheit
Benjamin Baykal	Deutsche Industrie- und Handelskammer
Prof. Stefan Bender	Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten, Deutsche Bundesbank
Knut Demmler	Thüringer Landesamt für Statistik
Prof. Dr. Philipp Doeblen	Hochschulrektorenkonferenz (Technische Universität Dortmund)
Yvonne Dyllong	Statistik der Kohlenwirtschaft e.V.
Anne Ebert	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Klaus Faßbender	Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Sabine Gosch	Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen
Dr. Oliver Heidinger	Information und Technik Nordrhein-Westfalen
Christian Herbst	Bundesministerium für Bildung und Forschung
Rüdiger Heß	dbb - beamtenbund und tarifunion
Peter Hohlfeld	DGB – Deutscher Gewerkschaftsbund: Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung

Mitglieder des Statistischen Beirats	
Name	Institution
Marcel Hürter	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Solveigh Jäger	Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.
Dr. Thomas Knaus	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
Dr. Ingmar Kumpmann	DGB – Deutscher Gewerkschaftsbund
Petra Laitenberger	Deutscher Städtetag
Simone Lehmann	Landesamt für Statistik Niedersachsen
Prof. Dr. Ralf Münnich	Deutsche Statistische Gesellschaft
Lutz Peters	Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein
Michael Reichelt	Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt
Alexander Richter	Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland
René Rimpler	Zentralverband des Deutschen Handwerks e.V.
Dr. Andrea Schultz	Verband Deutscher Städtestatistik e.V.
Elisabeth Seitz	Bayerisches Landesamt für Statistik
Markus Sigismund	Bundesministerium für Digitales und Verkehr
Gabriele Simons	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Uta Thien-Seitz	Verband Deutscher Städtestatistik e.V.
Martina van Almsick	Bundesministerium des Innern und für Heimat
Martin von Simson	Bundesministerium des Innern und für Heimat
Philipp Wegmann	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e.V.
Prof. Dr. Joachim Wilde	Hochschulrektorenkonferenz (Universität Osnabrück)

Teilnehmende des Statistischen Bundesamtes

Dr. Ruth Brand	Präsidentin
Dr. Alexandra Roder	Vizepräsidentin
Karin Böhm	Leitung der Gruppe H1 – Gesundheit, Soziales
Dr. Hanna Brenzel	Leitung des Referat B26 – Forschungsdatenzentrum, Methoden der Datenanalyse
Jörg Decker	Leitung der Gruppe B1 – Planung und Koordinierung, Internationale Beziehungen, Politische und Interne Kommunikation
Stefan Dittrich	Leitung der Abteilung E – Unternehmen, Verdienste, Verkehr
Dr. Antje Krüger	Leitung der Abteilung C – Digitalisierung, Digitale Dienste
Michael Kuhn	Leitung der Gruppe D1 – Inlandsprodukt, Input-Output-Rechnung
Dr. Sonja Leischner	Leitung der Gruppe A3 – Recht, Compliance
Dr. Karsten Lummer	Leitung der Abteilung F – Bevölkerung
Dr. Birgit Settekorn	Leitung der Abteilung G – Landwirtschaft, Umwelt, Außenhandel
Dr. Angelika Sporenberg	Leitung der Abteilung I – Verwaltungsregister, Dienstleistungszentrum für Bessere Rechtsetzung
Dr. Daniel Vorgrimler	Leitung der Abteilung B – Strategie und Planung, Internationale Beziehungen, Forschung und Kommunikation

Geschäftsstelle Statistischer Beirat

Marion Bietz, Anke Fink, Dr. Benedikt Gerst, Dagmar Hohl, Vladislava Karmanova, Julia Komander	Referat B12 „Nationale Koordinierung“ in Abteilung B „Strategie und Planung, Internationale Beziehungen, Forschung und Kommunikation“ des Statistischen Bundesamtes
---	---

Anlage 1 zum Bericht über die 71. Tagung des Statistischen Beirats

Präsentation zu TOP 1 | Tätigkeitsbericht des Statistischen Bundesamtes



destatis.de



Tätigkeitsbericht des Statistischen Bundesamtes

Dr. Ruth Brand, Präsidentin des Statistischen Bundesamtes



71. Tagung des Statistischen Beirats am 27. Juni 2024 | TOP 1

Was bewegt uns

- I. Entwicklungen im Statistischen Bundesamt
- II. Entwicklungen in der Statistik
- III. Data Governance

27.06.20242

Impressionen aus dem Jubiläumsjahr 2023



Ausblick Jubiläumsjahr 2024

Statistisches Bundesamt | Bonn
Zweigstelle **25** Jahre



Änderungen im Statistischen Bundesamt

Personelle Änderungen



Dr. Alexandra Roder
Vizepräsidentin

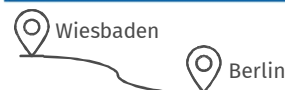


Stefan Dittrich
Leiter Abteilung E –
Unternehmen, Verdienste, Verkehr



Dr. Antje Krüger
Leiterin Abteilung C –
Digitalisierung, Digitale Dienste

Organisatorische Änderungen



Abmietung
Liegenschaften
in Wiesbaden



Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Preise

Revisionen



Generalrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2024

- » Europaweit harmonisierte umfassende Revision der VGR
- » Keine weitreichenden methodischen Änderungen, aber rund 70 einzelne Revisionspunkte
- » Wichtige Veröffentlichungstermine: BIP am 30.7.2024, detaillierte Reihen am 27.8.2024



Revisionen in der Preisstatistik 2024: Umstieg auf Basisjahr 2021

- Betroffene Indizes: Preisindizes für die Bauwirtschaft, Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte, Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen, Indizes für Außenhandelspreise, Index der Großhandelsverkaufspreise
- » Aktualisierung des Warenkorbs und der Gewichtung
- » Besonderheiten: Einmalige Abkehr vom 5-Jahres-Rhythmus wegen EBS-Verordnung

Unternehmen, Verdienste, Verkehr

Datenangebot

- » Revision der Wirtschaftszweigklassifikationen
- » Paneldatensatz Verdiensterhebung für FDZ
- » Novellierung des Hochbaustatistikgesetzes
- » Neue Global Value Chains (GVC)-Erhebung

Bürokratieabbau

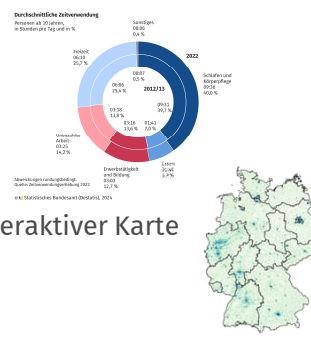
- » **Musterbeispiel:** Verdiensterhebung via automatisierter Datengewinnung und -übermittlung (eSTATISTIK.CORE)
- » Weiterer Bürokratieabbau erfordert neue Ansätze

Bevölkerung

Weiterentwicklungen – neue Datenangebote

» Haushaltserhebungen

- » Einsatz einer mobilen Erhebungs-App in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2023 und den Laufenden Wirtschaftsrechnungen 2024
- » Ergebnisveröffentlichung der Zeitverwendungserhebung 2022
- » Veröffentlichung einer Story Map zum Thema „Familie und Erwerbstätigkeit in Zahlen – Mikrozensus 2022 und 1997“



» Bevölkerungsstatistiken

- » Veröffentlichung georeferenzierter Bevölkerungszahlen mit interaktiver Karte als Open Data-Angebot

Bevölkerung

Statistikrelevante Gesetze und Gesetzesänderungen

» Änderung des Bevölkerungsstatistikgesetz (Juli 2023)

- » Mortalitätsmonitoring mit täglichen Datenlieferungen an RKI und Landesgesundheitsbehörden implementiert
- » Änderungen des Geschlechtseintrages werden statistisch erfasst

» Gesetz zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts (Juni 2024)

- » Zwei neue Statistiken zu Einbürgerungsanträgen bzw. Verfahrenserledigungen
- » Erste Ergebnisse ab Berichtsjahr 2025 voraussichtlich im 2. Quartal 2026 verfügbar



Umwelt, Außenhandel



Umweltökonomische Gesamtrechnungen

- » Ausweitung der EU Verordnung Nr. 691/2011
 - » Neues Datenangebot zu umweltbezogenen Subventionen, zur Waldgesamtrechnung und zu Ökosystemrechnungen
 - » Zusätzliche Datenbereitstellung bis 2026 erwartbar



Außenhandel

- » Europäischer Mikrodatabaustausch und innovative Schätzverfahren erlauben Reform der Intrahandelsstatistik ab Monatsbericht Januar 2025
 - » Informationsgewinn für die Nutzenden durch detailliertere Schätzungen
 - » Entlastung der Unternehmen durch geplante Meldeschwellenanhebung

Gesundheit, Soziales, Bildung, Finanzen und Steuern

Neue gesetzliche Anforderungen

- » Gesundheitsausgaben- und -personalstatistikverordnung (Dez. 2023)
 - » Aufbau eines regionalen Gesundheitspersonalmonitorings
- » Geplante Änderungen des Steuerstatistikgesetzes (2025)
 - » Einführung einer Statistik über die Mindeststeuer
 - » Erweiterte Zusammenführungsmöglichkeiten der Steuerstatistiken

Bericht aus dem Hochschulstatistikausschuss

- » Bessere Abbildung von Lehramtsprüfungen in der Hochschulstatistik
- » Weiterentwicklung der Studienverlaufsstatistik
- » 18. Bericht an Bundestag und Bundesrat

KI/ML in der Bundesstatistik

Ausrichtung der Konferenz "Foundations and Advances of Machine Learning in Official Statistics"



- » 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer
- » 19 Staaten
- » Wissenschaft, Statistische Ämter, Zentralbanken
- » 5 Keynotes, 36 weitere Vorträge
- » Dokumentation verfügbar unter www.destatis.de/ml-conference



Data Governance Act

Nationale Umsetzung von Art. 7 (zuständige Stelle) und Art. 8 (Informationsstelle)

- » Eine neue Servicestelle für Datentransparenz soll die zentrale Anlaufstelle für den Zugang zu geschützten Daten der öffentlichen Hand werden
- » Aufgabenfelder:

**Aufbau eines
Datenangebots der
öffentlichen Stellen**

**Unterstützung
öffentlicher Stellen bei
der Datenbereitstellung**

**Zentrales
Anfragemanagement für
Datenanfragen**

Nutzen der Servicestelle für Datentransparenz

Wirtschaft


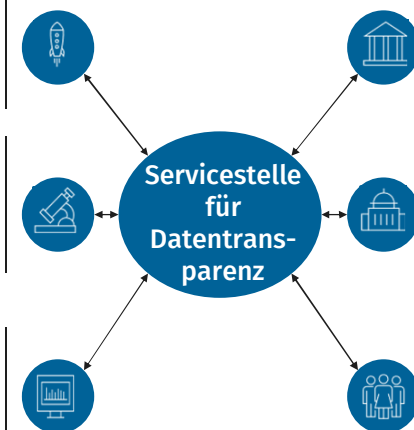
- » Neue Potenziale und **Geschäftsmodelle**
- » Förderung von **Innovationspotenzialen**

Forschung und Wissenschaft

- » Offeneren Zugriff auf größere **Datenvolumen**
- » **Vernetzung** stärken; **Gegenseitiges Lernen** fördern

Verwaltung

- » **Digitalisierung** unterstützen
- » **Datenkompetenz** aufbauen
- » **Open-Data-Kultur** unterstützen

 Statistisches Bundesamt (Destatis)


Politische

Entscheidungstragende

- » schnelle und direkte Entscheidungsfindung
- » Innovative **Datennutzung** fördern

Gesellschaft

- » **Datentransparenz** erhöhen

Bürgerinnen und Bürger

- » **Data Literacy** fördern
- » **Datenschutz** und **Datensoeveränität** sicherstellen

27.06.2024

13

Weitere Impulse zur Fortentwicklung des nationalen statistischen System

Diskussion...

- » ... zur Anpassung der Rahmenbedingungen der amtlichen Statistik,
- » ... zur Ausweitung der statistischen Aufgaben und Angebote,
- » ... zu Vorschlägen für neue Datenerhebungen

... folgt in **TOP 2**

Anlage 2 zum Bericht über die 71. Tagung des Statistischen Beirats

Präsentation zu TOP 2 | Fortentwicklung des nationalen statistischen Systems

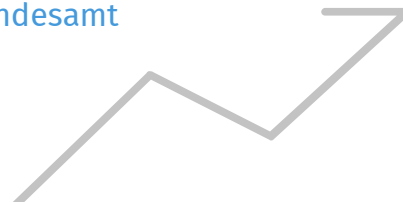


destatis.de

Fortentwicklung des nationalen statistischen Systems



Dr. Daniel Vorgrimler, Leiter der Abteilung B
„Strategie und Planung, Internationale
Beziehungen, Forschung und Kommunikation“
im Statistischen Bundesamt



71. Tagung des Statistischen Beirats am 27. Juni 2024 | TOP 2

DI STATIS
Statistisches Bundesamt

Herausforderungen und Lösungsansätze

- » Rechtliche Rahmenbedingungen
- » Institutionelle Rahmenbedingungen
- » Datenbasierte Forschung

Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen

Novellierung des Bundesstatistikgesetzes (BStatG)

» Änderungsbedarfe im BStatG

- » Anpassung der Aufgaben des Statistischen Bundesamts
- » Datenzugang für die Wissenschaft
- » Prüfung der Anpassungsbedarfe aus der EU-Statistikverordnung

Verbesserung des institutionellen Rahmens

Etablierung einer Programm- und Finanzplanung

- » Etablierung einer Programmplanung mit mittelfristiger Ausrichtung und jährlicher Festlegung
- » Ausstattung mit angemessenen finanziellen und personellen Ressourcen
- » Die Programm- und Finanzplanung muss (rechts-)verbindlich gelten

Empfehlung der KomZS

Umgestaltung der Governance

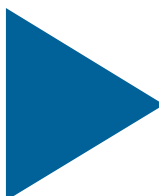
- » Überprüfung des Statistischen Beirats hinsichtlich Komposition und Mandat
 - » Etablierung eines Beirats ausschließlich für Nutzerinnen und Nutzer
 - » Institutionelle Autonomie sowie Eigeninitiative für Programmentwicklungen
- » Einrichtung eines wissenschaftlichen Beirats
 - » Beratung bei der Entwicklung von Methoden
 - » Beratung und Begleitung der Integration neuer Datenquellen und Verfahren
- » Einrichtung eines unabhängigen Kuratoriums
 - » Rechenschaftspflicht gegenüber Politik und Öffentlichkeit
 - » Überprüfung des nationalen Statistiksystems

Stärkung datenbasierter Forschung

- » Schaffung einer Datentreuhänderstelle
 - » Komplementär zu bestehenden Forschungsdateninfrastruktur
 - » Anbindung an das StBA, gesicherte Finanzierung
- » Zusammenführung von Daten
 - » Regelung der Zulässigkeit von Verknüpfungen (personenbezogen)
 - » Schaffung von bundeseinheitlichen und rechtsformübergreifenden Datenschutzregeln

Von der Theorie zur Praxis...

- » Datenzugang für Forschungszwecke
- » Forschungsauftrag
- » Schaffung einer Datentreuhänderstelle
- » Datenzusammenführung
- » Programm- und Finanzplanung
- » Umgestaltung der Governance



In der 20. Legislaturperiode:

Verabschiedung
Forschungsdatengesetz

In der 21. Legislaturperiode:

Novellierung
Bundestatistikgesetz